



## Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: [giulia.piszczan@stadt-koeln.de](mailto:giulia.piszczan@stadt-koeln.de)

Datum: 04.06.2021

## Niederschrift

über die **5. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 31.05.2021, 16:38 Uhr bis 17:38 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

## Anwesend waren:

### Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt
Herr Michael Hock	Die PARTEI

### Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

### Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger  
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau  
Herr Beigeordneter Markus Greitemann  
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach  
Herr Alexander Vogel  
Herr William Wolfgramm

## **GPR**

Herr Claudius Hupprecht

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Lisa Steinmann    SPD

## **Verwaltung**

Frau Bettina Mötting

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 5. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

- I.** Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Redezeit in der Sitzung auf drei Minuten zu reduzieren.

Der Hauptausschuss ist hiermit einverstanden.

- II.** Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zugesetzt werden sollen.

### **I. Öffentlicher Teil**

2.1.2 Ausgang des Berufungsverfahrens der AfD-Ratsfraktion gegen die Stadt Köln vor dem OVG NRW wegen Fraktionszuwendungen, Az. 15 A 2079/19 2013/2021

3.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Corona konforme Schulabschlusszeugnisübergaben und -feiern" AN/1096/2021

- III.** Es liegt ein **Dringlichkeitsantrag** vor:

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU,

Die Linke., FDP, Volt, die Gruppe GUT und Herr Wortmann betreffend  
„Gewalt in Israel und Palästina beenden. Antisemitismus in Köln verhindern  
und bekämpfen. Für eine vielfältige, tolerante und friedfertige Stadtgesell-  
schaft“

AN/1218/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Aufnahme in die Tagesord-  
nung abstimmen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter **TOP 4.2** behandelt.

Der Hauptausschuss stimmt der nachfolgenden Tagesordnung zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde**

#### **2 Mitteilungen**

##### 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

##### 2.1.1 Jahresbericht über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2020 1363/2021

##### 2.1.2 Ausgang des Berufungsverfahren der AfD-Ratsfraktion gegen die Stadt Köln vor dem OVG NRW wegen Fraktionszuwendungen, Az. 15 A 2079/19 2013/2021

##### 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

#### **3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertre- tungen)**

##### 3.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Corona konforme Schulabschlusszeugnisübergaben und -feiern" AN/1096/2021

Antwort der Verwaltung vom 31.05.2021  
2033/2021

**4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**

4.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht nachlassen, die Infektionszahlen zu senken – durch eine solidarische ZeroCovid-Strategie"  
AN/1060/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/1169/2021

4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe GUT und von Herrn Wortmann betreffend "Gewalt in Israel und Palästina beenden.  
Antisemitismus in Köln verhindern und bekämpfen.  
Für eine vielfältige, tolerante und friedfertige Stadtgesellschaft"  
AN/1218/2021

**5 Dringlichkeitsentscheidungen**

**6 Allgemeine Vorlagen**

6.1 Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin  
1811/2021

**7 Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8 Mitteilungen**

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

**9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**

**10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**

**11 Dringlichkeitsentscheidungen**

**12 Personalangelegenheiten**

12.1 Personalangelegenheit  
1007/2021

**13 Allgemeine Vorlagen**

**14 Mündliche Anfragen**

**I. Öffentlicher Teil**

**1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

**2 Mitteilungen**

**2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin**

**Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation**

Frau Beigeordnete Blome berichtet über die aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation.

In den letzten Wochen könne man eine deutlich positive Entwicklung der Infektionszahlen verzeichnen. Dementsprechend gebe es ab dem heutigen Tag Öffnungen in verschiedenen Bereichen, u. a. in der Außengastronomie und in Museen. Zudem seien seit heute die Schulen zum Präsenzunterricht zurückgekehrt. Dort habe die Stadt Köln das Testangebot des Landes NRW auf insgesamt drei Tests pro Woche für die Schüler\*innen und das Lehrpersonal aufgestockt. Bei einer anhaltenden Tendenz der Inzidenzzahl unter 50 seien ab Sonntag weitere Lockerungen entsprechend der Stufe 2 möglich.

Die Impfquote der Kölner Bevölkerung liege derzeit (Stand: 31.05.2021) für die Erstimpfung bei 46,9 Prozent und für die Zweitimpfung bei 14,8 Prozent. Die bisherigen Sonderimpfaktionen in vulnerablen Stadtteilen seien erfolgreich verlaufen, hätten bundesweit Beachtung gefunden und würden nun auch in anderen Kommunen durchgeführt.

Der Krisenstab habe bisher noch keine Entscheidung zum möglichen Impfen an Schulen in vulnerablen Sozialräumen getroffen, befasse sich jedoch bereits mit dieser Fragestellung. Solche Impfaktionen seien allerdings von der Zuweisung zusätzlicher Impfkongingente durch das Land NRW abhängig.

Die Lage in den Kölner Krankenhäusern habe sich etwas beruhigt und die Belegungszahlen von mit Corona infizierten Patienten seien deutlich zurückgegangen. Vor zwei Wochen lag diese Zahl noch bei 309 Patienten und Stand heute bei 136 Patienten.

Zudem informiert Frau Beigeordnete Blome über die aktuellen Zahlen zu Corona-Testungen in Köln und teilt mit, dass der Krisenstab zu den kürzlich bekanntgewordenen Betrugsfällen bei Teststellen eine Task Force gegründet habe.

### **Geplantes Bürgerbegehren der Initiative „Klimawende Köln“**

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert über den von der Initiative „Klimawende Köln“ eingereichten Antrag auf Vorab-Entscheidung über die Zulässigkeit des geplanten Bürgerbegehrens. Die Verwaltung werde dem Rat für die kommende Sitzung am 24.06.2021 dazu eine Beschlussvorlage vorlegen. Zu entscheiden sei derzeit nur die Zulässigkeit der vom Bürgerbegehren formulierten Frage an sich. Wie üblich werde ein externes Rechtsgutachten eingeholt.

#### **2.1.1 Jahresbericht über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2020 1363/2021**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **2.1.2 Ausgang des Berufungsverfahrens der AfD-Ratsfraktion gegen die Stadt Köln vor dem OVG NRW wegen Fraktionszuwendungen, Az. 15 A 2079/19 2013/2021**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

### **3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**

#### **3.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Corona konforme Schulabschlusszeugnisübergaben und -feiern" AN/1096/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 31.05.2021  
2033/2021**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**

**4.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Nicht nachlassen, die Infektionszahlen zu senken – durch eine solidarische ZeroCovid-Strategie" AN/1060/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/1169/2021**

Die Fraktionen und Gruppen stellen ihre Positionen dar.

**Abstimmung über den Ursprungsantrag mit der Ergänzung (+ Ziffer 6) des Änderungsantrages**

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss beauftragt Frau Oberbürgermeisterin Reker sich auf Bundes- und Landesebene für die solidarische ZeroCovid-Strategie einzusetzen. Die auch durch Virusvarianten bestehende Gefahr von erneut ansteigenden Infektionszahlen muss konsequent bekämpft werden. Planerisches Ziel sollten „Null Infektionen“ sein. Frau Reker soll sich beim NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet dafür einsetzen, dass dieser in der Ministerpräsidentenkonferenz und bei der Bundesregierung auf eine ZeroCovid-Strategie drängt. Das beinhaltet insbesondere folgende zusätzliche Aspekte:

1. Um Neuinfektionen weiter zu senken, müssen Wirtschaftsbetriebe einen deutlich stärkeren Beitrag zur Pandemiebekämpfung leisten als bisher. Dazu gehört: Sie sollen pro-aktiv nachweisen müssen, dass in den Betrieben AHA-Regeln, Maskenpflicht, Arbeitsschutz und das Recht auf Home-Office umgesetzt werden. Testangebote sollen täglich bestehen. Eine weitaus stärkere Überwachung der Umsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen durch die Arbeitsschutzbehörden ist notwendig. Über das Ordnungsamt kann sich die Stadt im Rahmen gesetzlicher Vorschriften daran beteiligen. Bei einem neuerlichen Anstieg der Infektionszahlen sind nicht-lebensnotwendige Produktionsbereiche zu schließen. Dies gilt auch für städtische Betriebe und Baustellen.
2. Diejenigen Menschen, die aufgrund des covid-bedingten Herunterfahrens der Wirtschaft zeitweise nicht mehr arbeiten können, werden über eine Anhebung des Kurzarbeitergeldes auf 100 % entschädigt. Auch prekär Beschäftigte, Solo-Selbstständige, Leistungsempfänger\*innen benötigen Entschädigungen für Einnahmeneinbrüche und gestiegene Kosten.
3. Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich wird nachhaltig ausgebaut. Die Löhne sind deutlich anzuheben, z. B. über einen gesetzlichen Pflegemindestlohn oder wegweisende Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Die Finanzierung von Krankenhäusern über Fallpauschalen sollte durch eine solidarische Finanzierung des Bedarfs ersetzt werden.
4. Um die Impfstoffproduktion schnellstens zu erhöhen, sollen Patente auf Covid19-Impfstoffe und Medikamente während der Pandemie ausgesetzt werden. Dann können weitere Hersteller auf der Grundlage von Lizenzen die Produktion

dieser Präparate übernehmen. In Deutschland ermöglicht die Änderung des Infektionsschutzgesetz (IfSG) 2020 ein Verfahren dafür. Im internationalen Rahmen ist dafür ein Beschluss der Welthandelsorganisation (WTO) notwendig, für den sich die Bundesregierung einsetzen soll.

5. Zur Finanzierung der Maßnahmen des solidarischen Lockdowns soll eine europaweite Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen eingeführt werden.
6. *Die Oberbürgermeisterin setzt sich beim Land dafür ein, dass ein voller Präsenzunterricht an Schulen, in vollständiger Klassenstärke und ohne Wahrung der Abstandsregeln, erst ab einer stabilen Inzidenz von 50 möglich ist. Oberhalb dieser Zahl soll Wechselunterricht bei ermöglichter Wahrung der Abstandsregeln stattfinden, wie es das Robert-Koch-Institut empfiehlt.*

#### **Abstimmungsergebnis:**

Gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Die PARTEI abgelehnt.

#### **4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe GUT und von Herrn Wortmann betreffend "Gewalt in Israel und Palästina beenden. Antisemitismus in Köln verhindern und bekämpfen. Für eine vielfältige, tolerante und friedfertige Stadtgesellschaft" AN/1218/2021**

Die Fraktionen und Gruppen stellen ihre Positionen dar.

Herr Petelkau erklärt zum weiteren Verfahren, dass der Rat den Beschluss in seiner Sitzung am 24.06.2021 bekräftigen solle.

Frau Gabrysch bittet die Antragssteller, mit der Gruppe KLIMA FREUNDE dem Antrag beitreten zu können.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln ist erschüttert und tief besorgt über die Raketenangriffe auf unsere Partnerstadt Tel-Aviv. Wir stehen solidarisch an der Seite der Stadt Tel Aviv und ihrer Bevölkerung. Mit besonderer Sorge blicken wir auf die zunehmend bürgerkriegsähnlichen Züge und die zunehmende Gewalt in Israel und Palästina, die auch unsere Partnerstadt Bethlehem erreicht hat. Wir fordern ein Ende dieser sinnlosen Gewalt, die nur den gewaltbereiten Kräften auf beiden Seiten nützt.  
Der Konflikt zwischen Israel und Palästina kann nur in Frieden, im Dialog und in der Anerkennung der Existenzberechtigung der Völker in der Region gelöst werden.
2. Köln pflegt mit seinen Städtepartnerschaften Tel Aviv Yafo und Bethlehem Beziehungen mit beiden Seiten des Konfliktes und kennt beiderlei Geschichte. Wir unterstützen darum jede friedliche Form der Begegnung zwischen Israelis und Palästinensern, wie zum Beispiel den 1988 gegründeten Friedenskindergarten in Tel Aviv-Yafo.



Im Rahmen der städtepartnerschaftlichen Beziehungen werden wir auch in Zukunft Initiativen in Bethlehem und Tel Aviv unterstützen, die sich für Dialog und Zusammenarbeit, den Schutz der Menschenrechte und die Realisierung der Zweistaatenlösung einsetzen.

3. Wir verurteilen auf das Schärfste alle Versuche hierzulande, den aktuellen Konflikt zwischen Israel und Palästina für Hetze gegen Menschen jüdischen Glaubens und den Staat Israel zu missbrauchen. Angriffe auf jüdische Einrichtungen und antisemitische Äußerungen darf es in unserer Stadt nicht geben. Wir begrüßen die vielfältigen aktuellen Initiativen in der Stadtgesellschaft, die sich gegen Gewalt, Antisemitismus und Rassismus richten.
4. Im Zusammenhang mit den erneuten Ausbrüchen der Gewalt im Israelisch- Palästinensischen- Konflikt, ruft die „Boycott, Divestment and Sanctions“- Bewegung (abgekürzt BDS) auch in Deutschland erneut zum Boykott gegen Israel auf. Der allumfassende Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes. Das ist inakzeptabel und scharf zu verurteilen. Der Kölner Stadtrat tritt jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen entschlossen entgegen und verurteilt die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott.
5. Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seine Resolution vom 5. Juli 2018 („Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadt Gesellschaft!“) „Der Rat der Stadt Köln verurteilt aufs Schärfste jegliche Form von Antisemitismus. Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere demokratische, weltoffene und tolerante Gesellschaft. Für antisemitisches, rassistisches, extremistisches, radikales und antidemokratisches Gedankengut ist in unserer Stadt kein Platz. Wir wenden uns gegen jede Form des Antisemitismus. Jeder Mensch in Köln ist aufgerufen, sich gegen antisemitische Propaganda und antisemitische Übergriffe zu stellen.“

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig zugestimmt.

## **5 Dringlichkeitsentscheidungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

## **6 Allgemeine Vorlagen**

### **6.1 Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin 1811/2021**

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2020 – 2025 ergänzend Frau Annika Escher zur stellvertretenden Schriftführerin.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**7 Mündliche Anfragen**

**7.1 Unterstützungsleistungen für Schulen**

Herr Kockerbeck fragt nach dem aktuellen Stand zum Prüfauftrag, den der Ausschuss Schule und Weiterbildung am 01.03.2021 unter TOP 2.2 in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der Verwaltung zu möglichen Unterstützungsleistungen der Stadt für Schulen in der Pandemiephase erteilt habe.

Herr Beigeordneter Voigtsberger teilt mit, dass derzeit eine entsprechende Mitteilung für die kommende Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 07.06.2021 vorbereitet werde.

**7.2 Stellenbesetzung der neuen Beigeordneten**

Herr Zimmermann bittet um Auskunft, wie und wann gegenüber den Einzelmandatsträgern, Gruppen und Fraktionen übermittelt wird, wer sich auf die ausgeschriebenen Stellen als neue Beigeordnete beworben hat, und welche Empfehlungen der Personalagenturen ausgesprochen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung zu.

---

**Antwort der Verwaltung zu TOP 7.2 zur Niederschrift:**

*Das Amt der Oberbürgermeisterin hat die Fraktionsvorsitzenden, Gruppen und Einzelmandatsträger über die Veröffentlichung der Ausschreibung und die Personalberatungsunternehmen per E-Mail informiert. Im diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass jederzeit eine Akteneinsichtnahme möglich ist. Die Personalberatungsunternehmen übermitteln – je nach Stand des Verfahrens – Berichte, die sodann Bestandteil der Akte sind. Nach Abschluss der Gespräche ist geplant, dass die Oberbürgermeisterin voraussichtlich am 21.06.2021 einen Vorschlag für die Besetzungen sowie einen Abschlussbericht über die Verfahren an den oben genannten Verteiler übermittelt. Sodann soll, wie in der Vergangenheit auch, am Mittwoch, den 23.06.2021 eine Vorstellung in den Fraktionen erfolgen. Interessenten können sich jederzeit bei den Personalberatungsunternehmen melden.*

Gez. Henriette Reker  
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan  
Schriftführerin